

VU-Postulat bringt keine neuen Erkenntnisse

Vorstoss Die Beantwortung des VU-Postulats zur langfristigen Sicherung der AHV hat keine neuen Erkenntnisse gebracht. Eine verpasste Chance, monierte die VU-Fraktion. Für die FBP-Vertreter war indes klar: Es lag an der Fragestellung der Postulanten.

VON HANNES MATT

Am Donnerstag befasste sich der Landtag mit der Beantwortung des VU-Postulats betreffend mögliche Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV im Rahmen einer Altersstrategie. Dabei wurde die Regierung beauftragt, unabhängig vom bestehenden Mechanismus via dem versicherungstechnischen Gutachten alle fünf Jahre, mehrere Forderungen der VU zu prüfen. Neue Erkenntnisse brachte das Papier nicht. So hätte sich die VU-Fraktion insbesondere einen «Stufenplan» für Massnahmen von der Regierung gewünscht. Dies obliege aber den Landtag, wie es im Bericht der Regierung heisst.

Stellschrauben sind bekannt

Entsprechend enttäuscht zeigte sich die VU-Abgeordneten. «Es wurde mehrheitlich aus Berichten der Ver-

gangenheit zitiert», befand Günter Vogt (VU). Hubert Büchel (VU) sprach von einer verpassten Chance. Und Mario Wohlwend (VU) bemerkte, dass er sich beim Durchlesen vorgekommen wäre wie ein Schüler. «Wenn man in der Schule fragt, was 1+1 ist, dann kommt auch immer dasselbe heraus - egal wie oft man die Frage stellt», konterte Wendelin Lampert (FBP). Auch Thomas Hasler (FBP) fand, dass

es wohl eher an der Fragestellung der Postulanten gelegen hat. «Ihre Fragen waren ja schon vorher alle beantwortet, da schon viel an Berichten zur AHV-Sicherung produziert wurde», so der FBP-Abgeordnete in Richtung VU-Fraktion. Wendelin Lampert doppelte nochmals

«Wenn man in der Schule fragt, was 1+1 ist, dann kommt auch immer dasselbe heraus - egal wie oft man die Frage stellt.»

WENDELIN LAMPERT
FBP-ABGEORDNETER

nach: «Der Vorstoss war reine Beschäftigungstherapie für die Regierung.» So seien die Stellschrauben zur langfristigen Sicherung der AHV schon seit der Einführung der AHV in den Fünfzigern bekannt: Erhöhung des Staatsbeitrags, Erhöhung der Beitragssätze, Erhöhung des Rentenalters oder eine Kombination d e r g l e i c h e n . «Und theoretisch gebe es noch die Rentenreduktion, was aber nicht opportun ist», er-

gänzte Manuel Frick mit Verweis, dass alle Massnahmen politisch sehr schwierig durchzusetzen seien - mit Ausnahme der Erhöhung Staatsbeitrags, der aber wiederum auch ins Ausland exportiert wird. «Es liegt aber an Ihnen, welche Massnahmen sie ergreifen wollen - auch die Ent-

scheidung über einen Stufenplan», so der Gesellschaftsminister in Richtung des Landtags. Wie Manuel Frick noch ergänzte, sei eine längerfristige Erhöhung des Rentenalters durchaus prüfenswert. «Also dass nicht ein Jahrgang auf einen Schlag ein Jahr länger arbeiten muss, sondern in kleineren Schritten», wie er den Abgeordneten mit auf den Weg ab.

Altersstrategie und Armutsbericht

Nun gilt es, die sich im Gesellschaftsministerium in Arbeit befindliche Altersstrategie abzuwarten, die ein Gesamtbild liefern soll. Darin sollen dann auch die Forderungen der VU-Postulanten neuerlich geprüft werden. «Der Altersstrategie liegt die Vision zugrunde, dass in Liechtenstein Menschen bis ins hohe Alter aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen sowie möglichst unabhängig und selbstbestimmt leben», so Manuel Frick. Die Altersstrategie soll



Thomas Hasler (FBP): «Die Fragen waren schon vorher beantwortet.»

umfassend angelegt sein und unter anderem Fragen der finanziellen Mindestversorgung sowie der angemessenen Vorsorge durch nachhaltig finanzierte Sozialversicherungen aufgreifen. Der Abschluss ist auf Ende 2023 geplant. Auch der neue Armutsbericht, der für dieses Jahr vorgesehen ist, soll Daten zu dieser Thematik liefern - insbesondere wie es in Liechtenstein um die Bedürftigkeit im Alter bestellt ist.